

Schriesheim, 6. 8. 2011

Herrn Dr. Karl A. Lamers MdB
[REDACTED]

Sehr geehrter Herr Dr. Lamers,

für Ihr Schreiben vom 15.7.2011 danke ich Ihnen, zumindest für den von Ihnen gezeigten guten Willen.

Dass mich der Inhalt Ihres Schreibens, insbesondere die Ausführung von Frau Widmann-Mauz nicht zufrieden stellen können, möchte ich Ihnen nachstehend begründen.

Es wäre mir schon gedient gewesen, wenn die Dame auf meine drei wesentlichen Punkte eingegangen wäre. Die mehr oder weniger aussagekräftigen Passagen des Schreibens hätte sie sich und mir ersparen können.

Denn einige Formulierungen haben mir - als einer von dieser politischen Entscheidung persönlich Betroffenen - mehrmals die Zornesröte ins Gesicht getrieben.

Dass Frau Widmann-Mauz so tut, als sei die Beitragspflicht von (staatlich empfohlenen und geförderten) Direktversicherungen als Altersvorsorge selbstverständlich, klingt mehr als makaber. Ich halte es der Jugend dieser Dame zugute, dass sie zur Zeit der Entstehung dieser Maßnahme noch in den Kinderschuhen gesteckt hat. Dennoch sollte eine Staatssekretärin sich erst einmal sachkundig machen, bevor sie derartige Worte als Begründung verwendet.

Vor allem der Begriff „echte Privatvorsorge“ im Gegensatz zu der Form der Direktversicherung bedeutet eine Ohrfeige für Millionen Menschen, die der Empfehlung des Staates gefolgt sind, und die vorsorglich für ihr Alter gespart haben. Diese Menschen im Nachhinein zu verhöhnen, weil sie offenbar die „falsche Privatvorsorge“ gewählt haben, ist wohl der Gipfel der politischen Geschmacklosigkeit. Ist sich Frau Widmann-Mauz überhaupt ihrer Worte bewusst, oder gehört dies zum üblichen Abwimmeln von Sorgen und Problemen der Bürger?

Was würden Sie und Ihre Parteifreunde dazu sagen, wenn Ihnen über Nacht fast 20% Ihrer Versorgung gestrichen würden? (Entschuldigung: kann wohl nicht passieren, Sie entscheiden das ja selbst!)

Auch der Hinweis, ich möge mich doch an meine Krankenkasse wenden, verdreht doch total die Tatsachen: es war die Politik, die dieses Gesetz bei Nacht und Nebel erlassen hat, gegen jegliche Berücksichtigung bürgerlicher Rechte! Was ist mit Vertrauensschutz, Schutz des Eigentums, Vertragstreue etc.?

Gelten diese Grundrechte etwa nur für Beamte und Politiker?

Dazu hätte ich eine Stellungnahme erwartet, nicht ein solch allgemeines BlaBla.

Tatsache ist, dass die damalige Regierung ohne Rücksicht auf Verluste ein mangelhaftes Gesetz durchgepeitscht hat, um die maroden Krankenkassen mit zusätzlichen Einnahmen zu versehen, um nichts anderes ging es. Ob dabei Grundsätze der Verfassung gebrochen wurden oder nicht, das war völlig egal.

In diesem Zusammenhang würde ich der Frau Staatssekretärin dringend empfehlen, sich die Drucksache Nr. 15/2472 vom 11.2.2004 durchzulesen. Hier hat die Partei des heutigen Gesundheitsministers (also ihrem Chef) ausführlich begründet, warum die in diesem tollen Gesetz formulierte Beitragspflicht von Versorgungsbezügen wieder rückgängig gemacht werden sollte.

Noch einmal, es war die Politik und nicht die Krankenkasse, die für die Einführung der Beitragspflicht gesorgt hat. Es klingt wie blanker Hohn, wenn sie mich jetzt dazu auffordert, mich an die Krankenkasse zu wenden, da auf deren Entscheidung kein politischer Eingriff möglich sei.

Auch der Hinweis, dass die Politik keine „Änderung der derzeitigen Rechtslage“ beabsichtigt ist absoluter Zynismus!

Die Rechtslage ist alles andere als klar, zumindest für die Betroffenen nicht.

Zwar hat das Bundes-Sozialgericht damals ein Urteil gefällt, allerdings hat sich das Bundes-Verfassungsgericht noch nicht einmal mit der Sache befasst. Die Begründung für die Ablehnung einer Klage ist fadenscheinig, und dennoch beziehen sich sämtliche Anschlussurteile von Sozialgerichten oder der nächst höheren Instanz darauf.

Ich möchte niemanden etwas unterstellen, dennoch drängt sich mir der Verdacht auf, dass alle diese Urteile in ihrer Richtung von „ganz oben“ gesteuert wurden.

Warum das BVerfG die Klage nicht zugelassen hat können die rund 6 Mio. Betroffenen bis heute nicht verstehen. Ich auch nicht.

Sie werden verstehen, sehr geehrter Herr Dr. Lamers, dass ich angesichts einer solchen Antwort keine Ruhe geben werde. Ich werde alles daran setzen, die Worte aus solch berufenem Munde einer Staatssekretärin - noch dazu der verursachenden Behörde - so breit wie möglich einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Wenn Sie und Ihre Parteifreunde sich darüber wundern, warum Ihnen zahlreiche Wähler abhanden kommen, hier ist eine Antwort darauf.

Vielleicht sollten auch jüngere Mitglieder Ihrer Partei, denen schnelle Karriere das wichtigste Kriterium ihrer politischen Schaffenskraft zu sein scheint, einmal die Rede und die Worte eines erfahrenen Erwin Teufel nachlesen.

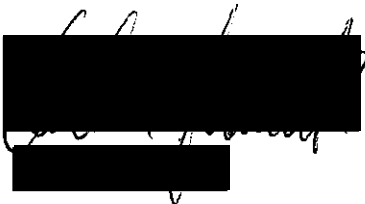
Hier ein Zitat aus der FAZ am Sonntag vom 7.8.2011:

„Wenn Politiker, die doch selbst die Gesetze und Verträge beschließen, sich bei Bedarf darüber hinwegsetzen, wenn insgesamt ihre Regeltreue erlahmt, dann haben sie mit der Idee des Rechtsstaates auch die Gerechtigkeit aufgegeben. Man kann ihnen, selbst wenn man möchte, nicht mehr vertrauen.“

Genau da liegt das Problem Ihrer und vieler anderer Parteien, dem ist nichts hinzuzufügen!

Und wenn dann noch publiziert wird, das in Deutschland verurteilte Mörder mehr Rechte haben, als der brave, vorsorgende, Steuer zahlende und stets gehorsame Wähler, dann sollten Sie darüber nachdenken!

Mit freundlichen Grüßen

The signature is handwritten and appears to be 'C. D. ...'. Below it, the name is redacted with a black box.

PS: Vielleicht ist es Frau Widmann-Mauz entgangen: das von ihr erwähnte sog. Informationsblatt, in dem Dinge stehen sollen, die für mich von Interesse sein könnten, es hat ganz einfach gefehlt!